expertenReport

Quelle: Experten/KI

China wird zum Maßstab für die deutsche Industrie

Ute Pappelbaum

Auf der gerade zu Ende gegangenen IFA in Berlin ließ sich besichtigen, wie weit sich die industriellen Kräfteverhältnisse bereits verschoben haben. Chinesische Anbieter wie Xiaomi, Dreame oder Ecovacs präsentierten ihre Neuheiten, die IFA selbst hob bei ihren Smart-Home-Trends Haier, TCL und Hisense hervor. Hisense wird im offiziellen Messeprofil unter Berufung auf Omdia inzwischen als weltweite Nummer zwei beim TV-Absatz nach Stückzahlen geführt.

Bei Elektroautos wird dieser Wandel inzwischen unübersehbar. Chinesische Hersteller wie BYD, XPeng und Leapmotor bringen in kurzen Abständen neue Modelle nach Europa und konkurrieren nicht nur über den Preis, sondern über Batterietechnik, Software, digitale Ausstattung und Entwicklungsgeschwindigkeit. Damit erreicht der chinesische industrielle Aufstieg einen Bereich, der für Deutschland erheblich mehr bedeutet als Unterhaltungselektronik: das Zentrum seines industriellen Geschäftsmodells.

Vor diesem Hintergrund bekommen die jüngsten deutschen Investitionen in China eine andere Bedeutung. Nach einer Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) auf Basis von Daten der Deutschen Bundesbank investierten deutsche Unternehmen im ersten Halbjahr 2026 netto rund 5,6 Milliarden Euro in China. Rund ein Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum – aber keineswegs außergewöhnlich viel. Der Betrag entspricht ziemlich genau dem durchschnittlichen Halbjahreswert der Jahre 2020 bis 2025.

Investieren, um mithalten zu können

Dafür gibt es einen bemerkenswerten Hinweis. In der Lokalisierungsstudie 2024/25 der AHK Greater China nannten 87 Prozent der Unternehmen mit höheren Investitionsplänen die Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit als Investitionsmotiv.

Das verändert die Perspektive.

Über Jahrzehnte war die Rechnung vergleichsweise einfach: China wuchs, die Einkommen stiegen, deutsche Autos, Maschinen und Konsumgüter fanden einen großen Absatzmarkt. Investitionen folgten den erwarteten Umsätzen.

Diese Logik gilt weiterhin. Aber eine zweite kommt hinzu.

Deutsche Unternehmen investieren in China, weil chinesische Konkurrenten technologisch aufgeholt haben, Produkte schneller entwickeln und erheblichen Preisdruck erzeugen. Wer dort bestehen will, muss Entwicklung beschleunigen, Kosten reduzieren, Lieferketten lokalisieren und Produkte stärker auf chinesische Kunden zuschneiden.

Die AHK spricht von einer neuen Stufe der Lokalisierung. 40 Prozent der von ihr 2024 befragten deutschen Unternehmen

gaben an, in China unabhängiger von ihrer Konzernzentrale zu operieren als zuvor. Forschung, Entwicklung, Beschaffung und Entscheidungen rücken näher an den chinesischen Markt.

China verändert damit seine Funktion für deutsche Unternehmen. Es ist nicht mehr nur der Markt, für den investiert wird. Es wird zum Standort, an dem Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber chinesischen Konkurrenten sichern wollen.

Das Auto macht die Verschiebung sichtbar

Nirgends ist dieser Wandel für Deutschland bedeutsamer als in der Automobilindustrie.

China war für Volkswagen, BMW und Mercedes-Benz über viele Jahre vor allem ein großer und hochprofitabler Absatzmarkt. Inzwischen stehen sie dort Herstellern gegenüber, die bei Elektrofahrzeugen, Batterien, Software und digitaler Integration selbst Standards setzen.

Und diese Konkurrenz bleibt nicht in China.

Chinesische Hersteller treten zunehmend in Europa an. Damit kehrt der Wettbewerbsdruck gewissermaßen zurück: Deutsche Unternehmen investieren in China, um unter chinesischen Bedingungen schneller und kostengünstiger entwickeln zu können – und müssen anschließend mit chinesischen Herstellern auch auf ihrem Heimatmarkt konkurrieren.

Die Autoindustrie macht damit sichtbar, was sich bei Elektronik und Haushaltsgeräten bereits vollzogen hat.

Chinas industrieller Aufstieg verändert nicht nur Importströme. Er verändert die Investitionsentscheidungen seiner Konkurrenten.

Das ist die strukturelle Dimension hinter den 5,6 Milliarden Euro.

Die Investitionszahl täuscht über einen Rückzug hinweg

Denn ein genauer Blick auf die Kapitalströme zeigt keineswegs einen einheitlichen Marsch deutscher Unternehmen nach China.

Das Gegenteil ist der Fall.

Zwischen 2017 und 2024 investierten deutsche Unternehmen nach Berechnungen des IW jährlich durchschnittlich rund zwei Milliarden Euro in neue chinesische Beteiligungen. Gleichzeitig wurden bestehende Beteiligungen im Wert von 3,6 Milliarden Euro aufgelöst. Der Saldo lag damit bei minus 1,6 Milliarden Euro jährlich. Für 2025 schätzt das IW erneut minus 1,6 Milliarden Euro.

Auch bei konzerninternen Krediten hat sich die Richtung verändert. Für 2025 weist die Auswertung einen Saldo von minus 2,7 Milliarden Euro aus. Auf diesem Weg floss also unter dem Strich Geld aus China zurück.

Dass die gesamten Direktinvestitionen trotzdem positiv bleiben, liegt wesentlich an den reinvestierten Gewinnen chinesischer Tochtergesellschaften. Sie erreichten 2025 nach IW-Berechnungen 7,8 Milliarden Euro. Zwischen 2017 und 2024 waren es durchschnittlich 5,4 Milliarden Euro gewesen.

Die Bundesbank beschreibt für 2025 denselben grundlegenden Mechanismus: Beteiligungskapital wurde abgezogen, auch über konzerninterne Kredite flossen Mittel aus China ab. Hohe reinvestierte Gewinne sorgten dennoch dafür, dass die deutschen Direktinvestitionsströme nach China insgesamt positiv blieben.

Hinter einer scheinbar stabilen Gesamtzahl stehen also zwei Bewegungen: Rückzug und Vertiefung gleichzeitig.

Gewinne verändern die Investitionslogik

Dabei ist die Herkunft des Kapitals ökonomisch relevant.

Wird der Gewinn einer chinesischen Tochtergesellschaft nicht nach Deutschland ausgeschüttet, sondern vor Ort investiert, zählt er statistisch ebenfalls zu den deutschen Direktinvestitionen. Für die Konzernzentrale ist diese Investition jedoch etwas anderes als eine neue Kapitalüberweisung aus Deutschland.

Das Geschäft finanziert einen Teil seiner weiteren Expansion aus den bereits in China erzielten Erträgen.

Das senkt die Hürde für zusätzliche Investitionen. Die Frage lautet dann nicht mehr allein, ob neues Kapital aus Deutschland nach China transferiert werden soll. Sie lautet, ob Gewinne, die bereits in China entstanden sind, dort bleiben oder ausgeschüttet werden.

Daraus sollte keine finanzielle Unabhängigkeit chinesischer Tochtergesellschaften konstruiert werden. Das geben die Daten nicht her.

Sie zeigen aber, warum hohe Direktinvestitionen und ein gleichzeitiger Rückzug deutschen Beteiligungskapitals kein Widerspruch sein müssen.

Und sie erklären, weshalb De-Risking komplizierter ist als die Beobachtung grenzüberschreitender Kapitalströme.

De-Risking hat eine betriebswirtschaftliche Grenze

Die europäische China-Politik will Abhängigkeiten reduzieren, Lieferketten diversifizieren und strategische Risiken begrenzen.

Auf Konzernebene kann jedoch ausgerechnet stärkere Lokalisierung in China Risiken reduzieren.

Wer für China in China produziert, reduziert grenzüberschreitende Lieferketten. Wer lokale Zulieferer nutzt, wird unabhängiger von Importen. Wer Gewinne vor Ort reinvestiert, benötigt weniger zusätzliches Kapital aus der Konzernzentrale. Und wer Forschung und Entwicklung näher am chinesischen Wettbewerb organisiert, kann schneller reagieren.

Für den einzelnen Konzern kann das De-Risking sein.

Für den Standort Deutschland kann dieselbe Strategie jedoch bedeuten, dass zusätzliche Wertschöpfung, Beschaffung und Entwicklung in China entstehen.

Hier liegt der zentrale Interessenkonflikt. Was das Risiko eines Unternehmens senkt, muss das industrielle Risiko Deutschlands nicht senken.

Aus Absatzabhängigkeit wird Wettbewerbsabhängigkeit

Damit verändert sich auch die Qualität der Abhängigkeit von China.

Solange China vor allem ein großer Absatzmarkt war, bestand das offensichtliche Risiko darin, dass deutsche Unternehmen einen erheblichen Teil ihrer Umsätze und Gewinne dort erzielten.

Die neue Konstellation reicht weiter.

Wenn deutsche Unternehmen chinesische Entwicklungsstrukturen, Zuliefernetzwerke oder Produktionsbedingungen benötigen, um gegenüber chinesischen Unternehmen international konkurrenzfähig zu bleiben, entsteht eine andere Form der Bindung.

Einer lokalen Produktion folgen häufig lokale Zulieferer. Mit den Zulieferern wächst der Anreiz, Entwicklung ebenfalls näher an die Produktion zu rücken. Mit Forschung und Entwicklung entstehen wiederum Wissen, Daten und Kompetenzen. Erfolgreiche Produkte erwirtschaften schließlich die Gewinne, aus denen weitere Investitionen finanziert werden können.

So verschiebt sich industrielle Arbeitsteilung nicht in einem großen Schritt, sondern durch eine Folge jeweils plausibler Unternehmensentscheidungen.

Das macht die Entwicklung schwerer umkehrbar.

Subventionen wirken auf Standortentscheidungen

Das IW sieht den Wettbewerbsdruck nicht allein als Ergebnis höherer Produktivität. Es verweist auf staatliche Subventionen und weitere Vorteile chinesischer Produzenten.

Ordnungspolitisch ist daran ein Mechanismus besonders relevant.

Staatliche Förderung beeinflusst nicht nur den Preis eines chinesischen Produkts. Wenn sie Produktion dauerhaft verbilligt oder industrielle Skalierung beschleunigt, verändert sie auch die Investitionsrechnung ausländischer Konkurrenten.

Ein deutscher Hersteller, der gegen einen unter günstigeren Bedingungen produzierenden chinesischen Wettbewerber antreten muss, erhält selbst einen Anreiz, einen größeren Teil seiner Wertschöpfung unter diesen Bedingungen anzusiedeln.

Chinesische Industriepolitik wirkt damit über chinesische Unternehmen hinaus. Sie kann Kapital und industrielle Funktionen ihrer ausländischen Konkurrenten anziehen.

Das IW fordert deshalb Ausgleichszölle auf chinesische Importe.

Wo staatliche Beihilfen nachweisbar den Wettbewerb verzerren, können handelspolitische Schutzinstrumente ordnungspolitisch begründet sein. Aber sie beantworten nur die halbe Frage.

Ein Zoll holt keine Fabrik zurück

Ein Ausgleichszoll kann den Preis eines chinesischen Produkts an der europäischen Grenze verändern. Er kann

eine Investition in Deutschland nicht automatisch rentabler machen.

Er verkürzt keine Genehmigungszeiten, senkt keine Energiekosten, schafft keine Fachkräfte und ersetzt kein leistungsfähiges industrielles Zuliefernetzwerk. Vor allem beschleunigt er nicht die Zeit zwischen Entwicklung und Serienproduktion.

Wenn deutsche Unternehmen China gerade deshalb stärker nutzen, weil sie dort schneller oder kostengünstiger entwickeln und produzieren können, reicht Handelspolitik nicht aus.

Europa steht deshalb vor zwei Aufgaben: Es muss sich gegen nachweisbare Wettbewerbsverzerrungen schützen. Gleichzeitig muss es die Bedingungen verbessern, unter denen industrielle Investitionen im eigenen Wirtschaftsraum stattfinden.

Sonst kann der europäische Markt besser geschützt sein, während die nächste Investition trotzdem anderswo entsteht.

Was auf der IFA beginnt, endet nicht bei Fernsehern

Damit bekommt auch der Blick auf die IFA eine andere Bedeutung.

Dass chinesische Marken bei Fernsehern, Robotik oder Haushaltsgeräten selbstverständlich neben den etablierten Weltmarken auftreten, ist das sichtbare Ergebnis einer Entwicklung, die weit früher begonnen hat: mit Investitionen, industrieller Skalierung, Lieferketten, Forschung und dem Aufbau eigener Marken.

Bei Unterhaltungselektronik hat Deutschland diesen Wandel über Jahre beobachten können.

Beim Auto lässt er sich nicht mehr als Problem einer anderen Branche betrachten.

Die neuen chinesischen Modelle in Europa sind deshalb wirtschaftspolitisch interessanter als ihre Reichweite, Displaygröße oder Beschleunigung. Sie zeigen, dass chinesische Wettbewerbsfähigkeit inzwischen auf Märkte zurückwirkt, deren Unternehmen selbst massiv in China engagiert sind.

Genau deshalb sind auch die 5,6 Milliarden Euro deutscher Direktinvestitionen keine gewöhnliche China-Meldung. Sie werfen eine unangenehmere Frage auf: Wo müssen deutsche Unternehmen künftig investieren, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern?

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Jürgen Matthes, „Deutsche Firmen investieren Milliarden in China“, 14. September 2026, Auswertung auf Basis von Daten der Deutschen Bundesbank; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2026; AHK Greater China, Localization Survey 2024/25 und Geschäftsklimaumfrage 2025/26; IFA Berlin 2026, Ausstellerinformationen und Smart-Living-Berichterstattung; Omdia-Angaben über das IFA-Ausstellerprofil von Hisense.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951867/China-wird-zum-Massstab-fuer-die-deutsche-Industrie/